

Merseburger Correspondent.

Er scheint:
Samstag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.
Expeditoren: Deigrafsch & Co.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementpreis:
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
20 Pfg. durch den Fernträger. — 1 Mark
25 Pfg. durch die Post.

No. 225.

Sonabend den 14. November.

1891.

** Die Gehaltsregulierung der Lehrer an den höheren Lehranstalten.

In der Schlussfassung der vorjährigen Schulconferenz wurde nach der Ansprache, in welcher der Kaiser die Arbeiten der Konferenz und die Ziele der Reform erörterte, von dem Geh. Cabinetsrath Dr. v. Lucanus die Allerhöchste Cabinetsordre vom 17. December 1890 an den Cultusminister betreffend die Einführung des Seldners Nachschusses zur Verlebung gebracht, deren Schlusswortus also lautet: „Ich verkenne nicht, daß bei Durchführung der neuen Reformpläne erhebliche Mehrforderungen an die Leistungen der gesammten Lehrerschaft gestellt werden müssen. Ich vertraue aber ebenso ihrem Wohlwillsen wie ihrem Patriotismus, daß sie sich den neuen Aufgaben mit Treue und Hingebing widmen werden. Demgegenüber erachte Ich es aber auch für unerlässlich, daß die äußeren Verhältnisse des Lehrstandes, wie dessen Range- und Gehaltsverhältnisse eine entsprechende Regelung erfahren, und Ich wünsche, daß Sie diesen Punkt besonders im Auge behalten und darüber an Mich berichten.“ Der Einbruch, den diese Worte in der Kreise der Lehrer an den höheren Unterrichtsanstalten hervorbrachten, war ein um so tiefgehender, als die Lehrerschaft nach so vielen Enttäuschungen der Ueberzeugung sich glauhte hingeben zu dürfen, daß die in Aussicht gestellte Regelung ihrer Range- und Gehaltsverhältnisse in der Richtung der Gleichstellung mit den Richtern erster Instanz nun endlich zur Durchführung gelangen werde. Nichtsdestoweniger tauchten unlängst wieder Gerüchte auf, nach denen der in Rede stehende Vorschlag auf den Widerspruch des Finanzministeriums gestoßen sein sollte. Leider scheinen sich diese Gerüchte zu bestätigen. Wie der „Danz. Ztg.“ von bismarckianischer Seite geschrieben wird, ist den betreffenden Lehrkräften — vor nicht allzu langer Zeit — mitgetheilt worden, daß die Lehrer der höheren Lehranstalten den Richtern erster Instanz nicht gleichgestellt werden sollen. Und zwar sollen dabei weniger sachliche Gründe den Ausschlag gegeben haben, als „Gründe persönlicher Aversion gegen diesen Stand, dem sie (die Richter?) als inferior betrachten, den sie sich nicht gleichgestellt wissen wollen, nicht einmal äußerlich, materiell!“ Das Weiteres ist, nach derselben Quelle, den Lehrern mitgetheilt worden, daß für die künftigen Anstalten in den Etat für 1892/93 bestimmt eine Summe eingestellt werden solle, wodurch die einzelnen Stellen gebühlich eine Erhöhung erfahren, die Oberlehrerstellen aber noch eine besondere Zulage erhalten würden. Wie hoch diese Gehaltserhöhung bei einzelnen Stellen ist, wird nicht gesagt, jedenfalls aber wird sie weit hinter den Erwartungen zurückbleiben. Und was die besondere Zulage für die Oberlehrerstellen bedeutet soll, ist vollends unersichtlich. Schließlich ist den Lehrern mitgetheilt worden, daß auch auf eine entsprechende Gehaltserhöhung für die hildischen Lehrer hingewirkt werden soll, ob schon im nächsten Etatsjahre oder wann eigentlich, wird nicht gesagt. — Der Abstand zwischen diesen Verbesserungen und der bestimmten Zulage in der Cabinetsordre vom 17. Dec. 1890 ist so groß, daß wir den vorstehenden Angaben vorläufig noch mit einem Misstrauen gegenübersehen. Die Seldner-Commission wird, wie bekannt, erst im Januar n. J. zu einer abschließenden Beschlußfassung über die Gehaltsfrage gelangen. Solange diese nicht erfolgt ist, wird man von wirklichen Absichten der Regierung nicht wohl reden können.

Politische Ueberblick.

Die Friedensbedingungen in den Neben des italienischen Ministerpräsidenten und des englischen Premier sind in Oesterreich einen starken Widerhall. Das offiziöse Wiener „Fremdenblatt“ betont in einer Besprechung der Rede Rudini's besonders das Bestreben der Dreieinheitsmächte, auch

mit den anderen Mächten ein gutes Einvernehmen zu pflegen. In dieser Beziehung führt es aus, daß es eine starke Bekräftigung der Ziele des Dreieinbundes wäre, wenn man das feste Zusammenhalten der drei Mächte notwendig begleitet ansehe von der Erfüllung der Bedingungen zu den übrigen Mächten. Wie mehr liegt es gerade im Wesen des Dreieinbundes, daß er ein allseitiges freundliches Verhältnis pflege und dadurch die Grundlagen der Friedenssicherheit befestige. Dementsprechend sei die Zusammenkunft des russischen Ministers von Giers mit Rudini und der Besuch des Kaisers in Italien, Oesterreich und Deutschland mit Befriedigung angesehen worden. Die persönliche Begegnung des italienischen Ministers mit dem russischen Staatsmann habe sicherlich Gelegenheit geboten, etwaige irrthümliche Anschauungen weghebender Kreise Rußlands zu berichtigen und die freundschaftlichen Zwecke des Bündnisses darzutun. Dieser Friedensstimmung und Friedenserwartung hat auch Kaiser Franz Joseph von Oesterreich jetzt bei dem Empfang der ungarischen Delegation in warmen Worten Ausdruck gegeben, indem er in seiner Ansprache an die Delegation ausführt: „Mit Befriedigung kann Ich es aussprechen, daß wir mit allen Mächten in durchaus freundschaftlichen Beziehungen stehen. In vollem Einklange mit unseren Verbindlichkeiten erblicke Ich in der Erhaltung des europäischen Friedens die sicherste Gewähr für das Glück und das Gedeihen der Völker. Meine Regierung verliert dieses Ziel nicht aus den Augen, und es kommen und auch von allen Kabineteten Versicherungen gleich friedlicher Bekräftigung zu. Zwar hat dies bisher noch nicht dazu geführt, die Gefahren der politischen Lage Europas zu beseitigen oder die allgemeinen militärischen Rüstungen zum Stillstand zu bringen, da aber das Friedensbedürfnis sich so allgemein und einmüthig bekundet, so erscheint die Hoffnung auf eine endliche Erreichung jenes Zieles nicht ausgeschlossen. Möge es Mir beschieden sein, Armeen Völkern die frohe Botschaft verkünden zu können, daß die gegenwärtigen Sorgen und Leiden des bedrohten Friedens ihr Ende erreicht haben.“ Gleiche Friedenswünsche äußerte der Präsident der österreichischen Delegation, Fürst Schönburg, die gleichfalls am Mittwoch empfangen wurde. Derselbe führte aus, die Erhaltung des Friedens thue den Völkern Europas doppelt noch angelegentlich der großartigen technischen Erfindungen, welche der Industrie, dem Handel und dem Ackerbau aller Staaten einen unerreichten Aufschwung in Aussicht stellen. — Die österreichische und ungarische Delegation sind am Mittwoch von dem Kaiser von Oesterreich empfangen worden. — Das österreichische Abgordnetenhaus bewilligte in seiner Dienstag-Sitzung das Rekrutencontingent für 1892. Gegenüber den Ausführungen zweier jugoslawischen Abgeordneten über eine angeblich schlechte Behandlung der Mannschaft in der österreichisch-ungarischen Armee hob der Landesverteidigungsminister Graf Belcredi hervor, in seiner Armee Europas sei die Behandlung der Mannschaft besser als in der österreichisch-ungarischen. Er wies sich auf das Entschiedenste gegen jede Sonderung in der Armee nach Nationalitäten aus. Die Armee müsse eines gemeinsamen Friedens. Die territoriale Eintheilung sei nach militärischen Gründen, nicht nach den politischen Landesgrenzen getroffen.

An die Reize des russischen Ministers des Auswärtigen von Giers nach Paris hatten viele Blätter allerlei Folgerungen über neue Vereinbarungen Rußlands mit Frankreich geknüpft. Dem gegenüber erzählt der „Rein. Cour.“ die Reize nach Paris habe kleiner politischer Zweck der Minister wolle nur die Familie seines Sohnes besuchen und hauptsächlich dessen 10jährige Tochter nach langen Jahren einmal wieder sehen. Die Reise erfolgte auf eigene Initiative des Herrn v. Giers und nicht auf Veranlassung des russischen Bot-

schafters Herrn v. Mohrenheim. Die Rückreise des Herrn v. Giers nach Petersburg erfolgt über Berlin, wo er 1 bis 2 Tage Aufenthalt nehmen wird. — Der russische Finanzminister Witschnegradsky ist durch den Mißerfolg der letzten russischen Anleihe in seiner Stellung ernstlich erschüttert worden. Wie es heißt, beabsichtigt man, ihn durch Willibow, den Chef eines Departements der Staatscontrole, zu ersetzen.

Eine Novelle zum französischen Spionengesetz v. Giers nach Petersburg erfolgt über Berlin, wo er 1 bis 2 Tage Aufenthalt nehmen wird. — Der russische Finanzminister Witschnegradsky ist durch den Mißerfolg der letzten russischen Anleihe in seiner Stellung ernstlich erschüttert worden. Wie es heißt, beabsichtigt man, ihn durch Willibow, den Chef eines Departements der Staatscontrole, zu ersetzen.

Die sardinische Cabinetliste wird anscheinend mit dem Wiedereintritt des Finanzministers Witsch endlich endigen. Ministerpräsident Puffsch hat Witsch ersucht, das Finanzministerium wieder zu übernehmen. Witsch stellte sachliche und persönliche Bedingungen, welche weitere Cabinetveränderungen zu Folge haben würden. Offenbar macht Witsch seinen Eintritt davon abhängig, daß ihm in der Ordnung der sardinischen Finanzen freie Hand gelassen wird.

Das dänische Folkething hat dem Königlich mitgetheilten Antrag Larsen, den Finanzminister zu ersuchen, eine Vorlage über die Gerichtsreform wieder einzubringen, mit 60 gegen 30 Stimmen (Partei Haupt) angenommen.

In Wien gewannen nach neueren türkisch-offiziellen Meldungen, die freilich mit Vorsicht aufzunehmen sind, die türkischen Truppen immer mehr die Oberhand über die Insurgenten. Derselben haben sich mehrerer von den Insurgenten besetzter Orte bemächtigt und die Aufständischen in regellose Flucht geschlagen. Ebenso wurde die an der eigentlichen Heerde des Aufstandes angrenzenden Districte besetzt. Es wurde eine Amnestie proclamirt. Die vor den Aufständischen geflohenen Bewohner begannen zurückzukehren.

Betreffs der Fischelei im Behringsee macht der General-Statthalter der Verein. Staaten Miller bekannt, daß die freitigen Punkte einem Schiedsgericht unterbreitet werden würden, und daß England und die Vereinigten Staaten sich über die Bedingungen dieses Schiedsgerichts geeinigt hätten.

Die Aufstandsbewegung in Brasilien gegen die Dictatur des Präsidenten Fonseca greift schnell weiter um sich. Dem Beispiele von Rio Grande folgend, hat sich die Provinz Orlao Para ebenfalls für unabhängig erklärt. Es verläut, Bahia werde dem Beispiele folgen. Nach Rio Grande de Sul ist ein Kriegsschiff beordert. — Authentische Nachrichten aus Brasilien zu erhalten, ist fast unmöglich, da die Dipschenzensur strenger wie je gebauht wird, und daher die Telegramme fast durchweg im Sinne der Regierung abgefaßt sind. Der „Times“ zufolge hat Fonseca ein Decret veröffentlicht, das alle Personen, welche es versuchen sollten, die Dictatur zu beenden, aus Brasilien verweisen werden. Nur ein Theil der Marine soll sich dem Präsidenten anschließen, und Admiral Malho, ein guter Republikaner, soll gegen irgend einen Wechsel in der Regierungsform protestirt haben.

In der Hauptstadt der Republik Ecuador, Guayaquil, ist es bei den Municipalwahlen zwischen den gemäßigten Parteien zu Strafen gekommen, die Polizei machte beim Einschreiten von den Schußwaffen Gebrauch, mehrere Personen wurden verundet. Durch die herrschende allgemeine Beunruhigung ist auch der geschäftliche Verkehr in's Stoden geraten.

Deutschland.

Berlin, 13. November. Der Kaiser und die Kaiserin wohnten am Mittwoch Vormittag 10 Uhr dem Gottesdienste im Dome bei, der aus Anlaß der Generalsynode abgehalten wurde. Nachmittags besuchte die Majestät gemeinschaftlich die Aeltern der Bildhauer Schott, Calandrelli, Ende und Bogas. Der Kaiser begab sich hierauf zum Staatssecretär Fehren. v. Marssall, um einen kurzen Vortrag desselben entgegenzunehmen, und entsprach alsdann einer Einladung der erbpriestlich meiningischen Herrschaften zur Tafel. Am Abend wohnte der Kaiser der Vorstellung im Berliner Theater bei. Gestern morgen hatte der Kaiser eine Unterredung mit dem Kriegsminister und arbeitete mit dem Chef des Militärkabinetts, General v. Hahnle, und dem Finanzminister Miquel. Zur Frühstückstafel saßen die Majestäten den vorgehoren hier eingetroffenen Erbgroßherzog und die Erbgroßherzogin von Baden und den Prinzen Alexander bei sich. Nach der Tafel reiste der Kaiser nach Leglingen ab. — Die Kaiserin besuchte Mittwoch Vormittag das Oberlin-Stift in der Wallstraße 91. Die Rückreise nach dem Neuen Palais erfolgte um 5 Uhr. — Prinz Heinrich traf gestern Nachmittag um 1 Uhr von Kiel hier ein, und den Kaiser nach Leglingen zu begleiten. Der König und Prinz Georg von Sachsen treffen zur Teilnahme an den Posttagen ebenfalls in Leglingen ein. Außerdem werden Prinz Albert von Altenburg, der Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg-Schwerin und der Herzog von Altenburg dort erwartet. — Prinz Danton von Siam hat sich von seinem Unwohlsein so weit erholt, daß er gestern Nachmittag 3 1/2 Uhr Berlin verlassen konnte.

— Vom letzten Kaiserbesuch in München. Nachdem Münchener Zeitungen bekündigt, daß der Kaiser bei seiner vorzigen Anwesenheit im September in das Fremdenbuch auf dem Rathhause seinen Namen mit der Aufschrift: Suprema lex regis voluntas — das oberste Gesetz ist des Königs Wille — eingetragen habe, schreibt heute die „Nat.-Ztg.“: „Es versteht sich von selbst, daß nur gemeint sein kann, der Wille des Königs sei das oberste Gesetz innerhalb der Schranken, welche im constitutionellen Staate die Verfassung und die Gesetze dem Willen des Monarchen ziehen.“ — Commentar überflüssig.

— In der letzten Sitzung des Bundesraths — so wird uns berichtet — kam es zu einer lebhaften Erörterung anläßlich der vorzigen Beröffentlichung von Nachrichten über Bundesrathsvorlagen, insbesondere den neuen Etat durch die Presse. Aufeinander gingen Mitglieder des Bundesraths von der Voraussetzung aus, daß Staatsminister v. Bötticher alle Beziehungen zu einer früher für offiziell geltenden Correspondenz dabei in Frage kämen. Minister v. Bötticher dagegen erklärte, es widerstrebe ihm, anzunehmen, daß Mitglieder des Bundesraths oder Empfänger von Bundesrathsdrucksachen dieselben durch Mittheilungen an die Presse geschäftlich verwendet haben könnten.

— (Die Staatsarbeiten) werden im Bundesrath, wie wir hören, bereitwillig, daß der gesammte Etat dem Reichstage bei der Wiederannahme der Plenarsitzungen am 17. d. vorliegen wird.

— (Der Kaiser) hat den „Berl. Pol. Nachr.“ zufolge aus eigenem Antriebe über die vorzigen Hochwasser-Berwahrungen in denjenigen Gegenden, in welchen bisher selten oder gar nicht solche Gefahren sich gezeigt hatten, Untersuchungen angeordnet in dem Sinne, ob und inwieweit die bisherige Methode der Flußbehandlung die Hochwassergefahren zu erhöhen geeignet sei und welche Hilfsmittel zur Verhütung ähnlicher Katastrophen, wie sie inzwischen zu beklagen gewesen, ergriffen werden könnten. Im Verfolg dieser Anordnung des Kaisers hat das preussische Staatsministerium eingehende Vorschläge vorbereitet, die sich im wesentlichen auf die Bildung eines Untersuchungs-Ausschusses für Hochwasserfragen, dessen Geschäftsplan sowie Geschäftsführung beziehen. Diese Vorbereitungen sind gegenwärtig so weit gediehen, daß in nächster Zeit die kaiserliche Entschlieung über die Vorschläge des Staatsministeriums wird eingeholt werden können.

— (Die Generalsynode) hat sich durch die Aufforderung des Vorgesetzten, kirchliche und kirchenpolitische Gegenstände zurückzuziehen, nicht irre machen lassen. In der am Mittwoch von den Synodalen v. Kleiß-Rigow und Einm. beantragten und einstimmig beschlossenen Adresse an den Kaiser wird klar und unabweislich erklärt,

daß die Kirche behufs Erreichung ihres Zieles, d. h. der Ueberwindung der Feinde des Reiches Gottes, wie der hingebendsten Arbeit im Glauben, so der Befreiung von den ihre Entwicklung und Thätigkeit beengenden Schranken bedürfe.

— (Ueber das Telegraphen-Monopologesetz) bringt die „Nordd. Allg. Ztg.“ in ihrer Mittwoch-Nr. eine Auseinandersetzung, welche beweist, daß die zahlreichen Eingaben, welche kaiserliche Behörden in der Zwischenzeit an den Reichstag gerichtet haben, im Reichspostamt Veranlassung hervorgerufen. Alle diese Petitionen gehen in der Hauptsache dahin, daß in das Gesetz eine Vorkommung aufgenommen werde, welche die Reichspostverwaltung in der Befähigung über die Straßensysteme beschränkt und es ihr, wie das beispielsweise in Halle a/S. versucht worden ist, unmöglich machen soll, die Herstellung elektrischer Anlagen an erschwerende Bedingungen zu knüpfen. So hat der Oberbürgermeister von Köln die Aufnahme einer Schutzbestimmung in das Gesetz begehrt, welche von freisinniger Seite in der Commission vergeblich beantragt worden ist. Die „N. A. Z.“ führt nun aus, daß dergleichen Vorschriften nicht in das Monopologesetz, sondern in das im Bundesrath noch nicht berathene Gesetz, betr. die Herstellung elektrischer Anlagen gehören. Das ist wichtig. Wenn aber das Telegraphen- und Telephonmonopologesetz in der beantragten Fassung vom Reichstage angenommen würde, so hätte sich dieser bei der Erörterung des zweiten Gesetzes die Hände selbst gebunden. Wenn es der Reichspostverwaltung mit der Entwicklung der Electrotechnik Ernst ist, so kann sie das am besten an den Tag legen, indem sie sich damit einverstanden erklärt, die Veranlassung des Monopologesetzes aufzuheben, bis auch das Gesetz über die Herstellung elektrischer Anlagen dem Reichstage vorliegt. Gerade das Drängen auf vorüberige Erledigung des Monopologesetzes ist geeignet, Mißtrauen in die Absicht der Reichspostverwaltung hervorzuwecken.

— (Gegenüber dem Verlangen der gleichzeitigen Berathung des Telegraphenmonopologesetz und des Gesetzes betreffend die Errichtung elektrischer Anlagen schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“: „Bei der noch jungen Entwicklung der Electricität-Verwendung und bei den vielen in diesem Gebiet noch ungeklärten wissenschaftlichen Fragen können bis zum Erlaß des Electricitätsgesetzes noch Jahre vergehen.“ Um so dringlicher ist es, in das Monopologesetz Bestimmungen aufzunehmen, welche die Communen gegen weitergehende Zumuthungen der Reichspostverwaltung sicher stellen. Die rücksichtsvollere Haltung, welche diese in den letzten Monaten hier und da bezieht hat, wird in dem Augenblick wieder verschwinden, wo das Monopologesetz im Reichstage die 3. Lesung passirt haben wird.

— (Ueber die Ernennung des Herrn D. v. Stablenowski zum Erzbischof von Osnabrücken) bringt die Wiener „Pol. Corr.“ eine offiziöse Mittheilung. Darnach haben die Erfahrungen, welche die Regierung mit dem deutschen Erzbischof Diaber gemacht hat, die Nothwendigkeit und Nützlichkeit der Befegung des Erzbisthums mit einem Titulardeutscher Abkunft nicht erwiesen. Inzwischen habe die Zusammenkunft in Thorn — d. h. der polnische Katholikentag — gelehrt, daß es auch unter dem polnisch sprechenden Erzbischof preussischer Nationalität gut gekünnte Unterthanen S. M. des Königs gebe und so habe die Regierung annehmen dürfen, daß wenn einer der Rechner, die sich dort in diesem Sinne ausgezeichnet haben, die Qualifikation zum Erzbischof besitze, ein solcher am besten geeignet sein dürfte, in Osnabrücken in erproblicher Weise zu wirken. Hier ist offenbar die Hauptsache verschwiegen, nämlich, daß bis zum Thorer Tage die Regierung sich vergeblich bemüht hat, eine Verknüpfung mit der Curie über die Ernennung eines Candidaten deutscher Abkunft herbeizuführen. Der Papst hat sich gemüßigt, Herrn Diaber einen deutschen Nachfolger zu geben. Erst dann hat die Regierung den Herrn v. Stablenowski ins Auge gefaßt, nachdem derselbe sich durch seine Rede in Thorn als ganzes Unterthan des Königs präsentirt hatte. Da Herr v. Stablenowski das ihm bewiesene Vertrauen rechtferntigen wird, bleibt abzuwarten.

— (Der Bescheid des Papstes über die Wahl des Abg. von Stablenowski zum Erzbischof von Osnabrücken) wird die vormalige Berichtserhalter der „Politischen Correspondenz“ Ausdrück. In der Correspondenz wird hervorgehoben, daß man im Vatikan das Entgegenkommen der preussischen Regierung vollkündig würdige. Die Verhältnisse zu Deutschland hätten sich dadurch, ebenso wie diejenigen zu Oesterreich-Ungarn durch die Neubestimmung des Stablenowski als Primas von Ungarn noch freundlicher gestaltet. Der Papst habe im Verlaufe der letzten Tage seine Genehmigung über den Stand der Dinge zu wiederholten Malen Ausdruck gegeben.

— (Die Nachricht von der kaiserlichen Erhebung eines Matrosen) der

Kriegsmarine auf dem Gefängnißhofe zu Mülhensdorf ist, wie die „Köln. Ztg.“ wiederholt besprochen hat, falsch und jetzt wird dies endlich auch durch eine Mittheilung des Gouvernements der Festung Köln bestätigt. Die „Köln. Ztg.“ fügt aber noch hinzu, daß eine Nachricht sich nicht nur als ein grundloses Gerücht, sondern als eine frevelhafte Erfindung herausgestellt hat, für die sie sich um so weniger eine Verantwortlichkeit aufbinden lassen möchte, als süddeutsche und in deren Folge auch norddeutsche Mütter sie zu sehr vorzeitigen Schlüssen auf die Ausübung der Militärgeschäftsbareit benutzt haben. Wozu dies Gerücht? Der Unfand allein, daß acht Tage lang in den Zeitungen darüber geschrieben worden konnte, ob eine standesrechtliche Erhebung stattgefunden habe oder nicht, ist schon an und für sich die denkbar schwerste Verurtheilung des gebirnen Verfahrens in Militärsachen. Darüber ist die norddeutsche und die süddeutsche Presse ganz einig. Die Hinrichtung eines Civilisten wird trotz vorhergehender öffentlicher Gerichtsverhandlung durch öffentlichen Anschlag mitgetheilt. Die Militärbehörden aber sind eine ganze Woche lang nicht einmal in der Lage festzustellen, ob an dem und dem Tag, an dem und dem Orte eine standesrechtliche Erhebung stattgefunden hat oder nicht. Und da wundern man sich, daß wir die Bayern um die Strafrechtsordnung, deren sie sich schon seit 1869 erfreuen, aufrecht beneiden!

— (Reichstagsvorlagen.) Die Einbringung eines Antrags auf Diätenzahlung an die Abgeordneten ist, wie die „Nationalökonomische Correspondenz“ berichtet, im Reichstage von freisinniger und sozialdemokratischer Seite beabsichtigt. Die freisinnige Partei hat darüber noch keinen Beschluß gefaßt; aber daß die Frage der Diätenzahlung in irgend einer Form in der bevorstehenden Tagung zur Entscheidung des Reichstages gebracht werden muß, unterliegt wohl kaum einem Zweifel.

— Zur Förderung des Stadiums der neueren Sprachen unter den Offizieren sollen nach den „Berl. Pol. Nachr.“ in den neuen Militäretat Mittel eingekalkulirt werden.

— (Keine Erhöhung der Matricularbeiträge.) Der neue Reichshaushaltsetat der 1892/93 schließt ab mit einem Ueberschuß an Matricularbeiträgen gegenüber dem Vorjahre von 680 000 Mark. Die Matricularbeiträge belaufen sich nämlich nur auf 316 Mill. Mk. Das Minus beträgt gegen das Vorjahr für Preußen 226 000 Mk., für Bayern 189 000 Mk., für Sachsen 25 000 Mk., für Württemberg 29 000 Mk. u. s. f. Auf diese günstige Gestaltung des Haushaltsetats haben insbesondere zwei Momente eingewirkt. Der Ueberschuß aus dem Jahre 1890/91, welcher in den neuen Etat als Einnahme eingekalkulirt worden ist, ist um 1 1/2 Millionen Mark größer, als der Ueberschuß des Vorjahres. Dazu kommt eine Mehrerinnahme aus der Zucksteuer von 7 Millionen Mk. als Folge des neuen Zuckersteuergesetzes und nach der Durchschneidung Wehreinnehmungen aus der Brausteuer und Salzsteuer in Höhe von 2 Millionen Mk. Auf der anderen Seite ergibt sich beim Militäretat hinsichtlich der aus ordentlichen Mitteln zu tretenden Ausgaben ein Mehr von 3 Millionen Mk., bei der Marine ein solches von 3 1/2 Millionen Mk., bei der Durchführung der allgemeinen Invaliditätsversicherung ein Mehr von 3 Mill. Mk., bei dem Pensionsetat für das Jahr ein Mehr von 1 1/2 Mill. Mk. Post und Telegraphie haben einen Ueberschuß von 3 Mill. Mk. — In Betreff der Höhe der Ueberweisungen aus den Zöllen und Verbrauchsteuern an die Einzelstaaten liegen noch keine Mittheilungen vor. Aus den offiziellen Angaben ist zu entnehmen, daß bei der Veranschlagung der Einnahmen die neuen Handelsverträge noch nicht in Rechnung gestellt worden sind. Unserer Ansicht nach werden sich auch nach Inbetrachtung dieser Handelsverträge und insbesondere nach der Herabsetzung des Getreidezolls von 50 auf 35 Mk. für 1892/93 noch Einnahmen aus den Zöllen und Verbrauchsteuern ergeben, welche die diesen Ueberweisungen an die Einzelstaaten ermöglichen, wie im Vorjahre. Die ungünstige Seite des neuen Reichshaushaltsetats besteht in der Erhöhung des Anleihebarfs von 78 Mill. im Vorjahre auf 143 Mill. Mk. Ursache der Erhöhung ist bekanntlich die außerordentliche Forderung für neues Artilleriematerial.

— (Die Ueberzicht der Reichsausgaben und Einnahmen) für das Etatsjahr 1890/91 ist dem Bundesrath zugegangen. Darnach belief sich die rechnungsmäßige Soll-Einnahme im ordentlichen Etat auf 1 105 462 991,67 Mk., im außerordentlichen Etat auf 527 046 295,38 Mk., zusammen auf 1 632 509 287,05 Mk.; die rechnungsmäßige Soll-Ausgabe im ordentlichen Etat auf 1 090 314 790,24 Mk., im außerordentlichen Etat auf 527 046 295,38 Mk., zusammen auf 1 617 361 085,62 Mk., so daß ein Ueberschuß von 15 148 201,43 Mk. verbleibe ist. Die Etatsüberschüsse der letzten fünf bei den Ausgaben auf 110 463 901,71 Mk., bei den Einnahmen auf 7 970 117,47 Mk.

Gerstenschrot
A. Speiser.

Familien-Seife

EXCELSIOR-PARFUMERIE Berlin
ist parfümirt im Gebräuch, brillant vor färbend
und macht die Haut schön gefärbt.
Preis pr. Ca. 10 St. = 1 Pf. 60 Pf.
zu haben bei
E. Kämmerer, Ad. Stephan.

Selbstgefertigte Herrenwesten

mit bestem Sammet, Jacken, Hosen,
Strümpfe, Handschuhe, sämtliche
Wollwaren zu nur billigen Preisen,
sowie Strickgarne in bekannter Güte,
zu 50 Pf. an empfanglich

J. Leidel,
Gottschalkstraße, v. Hotel a. b. Wand.

Aufgepasst!

Habe heute einen ganz vor-
züglich Fetten geschlachtet.
Es werden von jetzt ab alle
Wochen zwei bis drei Stück gute
fette Pferde geschlachtet.

Empfehle nur Primo-Waare.
Rende und Leber zu jeder Zeit.

R. Ebeling, Hofschlächter,
Saalkstraße Nr. 13.



Gemeinschaftliche Ortskrankenkasse

der Stadt Merseburg,
Generalversammlung

Montag den 16. November cr.,
abends 8 Uhr,
im „Casino“ hiersehb.

- 1) Bericht der Revisions-Commission eventl. Dechargeirung der Jahresrechnung pro 1890.
- 2) Ergänzungswahl des Vorstandes.
- 3) Wahl eines aus 3 Mitgliedern bestehenden Ausschusses zur Prüfung der Jahres-Rechnung pro 1891.
- 4) Erhebung der Caution des Rechnungsführers.
- 5) Uebersicht der Anträge von Kassen-Mitgliedern und redigirtes Schriftstück bei dem unterzeichneten Vorstandsmitglied anzubringen.
- 6) Die Herren Vertreter werden zu dieser Generalversammlung hierdurch eingeladen.

Merseburg, den 6. November 1891.
Der Vorstand,
Göhltsch, Vorsitzender.

Deutschesrieger-Redt-Anhalt.

Die Rieger-Schützen hier beabsichtigen
Montag den 15. November cr.,
abends 8 Uhr, im Tivoli eine

Abendunterhaltung

zur Aufführung kommt: Eine fromme
Geschichte mit darauffolgendem Ländchen,
dem Melodrama zum Besten des Rieger-
Schützen „Glücksburg“ bestimmt ist,
zu spielen.

Die Kameraden der Vereine, sowie Freunde
und Gönner der guten Sache werden hiermit
zu ergebenst eingeladen.

Miles a 50 Pf. sind bei Herrn
Bradel, Gottschalkstr., Veidel, Gottschalkstr.,
und für Mitglieder bei Veide, Schmalestr.,
zu haben.

**Verband deutscher Schneider
und Schneiderinnen.**
(Verbandsverwaltung Merseburg.)
Montag den 15. November, abends 7 Uhr,
Abendunterhaltung in der Finkenburg. Freunde
und Gönner des Vereins sind willkommen.
Die Ortsverwaltung.

Nächsten Montag, abends 8 Uhr,
hält der **Raffeur Bradel** hier im Tivoli einen

Vortrag über Massage.

Ihre Entstehung vor Hunderten von Jahren, Ihren Verfall
und Wieder-Erweckung durch Dr. Metzger.
Ihren gegenwärtigen Stand in der ärztlichen Wissenschaft.
Entrée nach Belieben. Ohne Entrée kein Zutritt.
Der Vortrag wird ohne Abzug dem hiesigen Frauen-Verein zur Suppen-
küche überwiesen.



Mittwoch den 18. d. M. treffe ich mit
einem Transport importirter Ostfriesländer
hochtragende Färsen, Kühe, sowie sprung-
fähiger Bullen ein.

L. Nürnberger.

Für die leidende Menschheit.

Sage Dank an Dr. Werner für Nothilfe in Endersbach (Württemberg): In kurzer
Zeit wurden Kraben die Wunden und Geschwüre durch bekannte Mittel vom

Beträssen
befreit. Obige Firma empfehlen unter vielen taunenden Mittheilungen Carl Appel, Maschinenmeister in H. 4, 7
Rannheim; Sellmann in Komotau u. Beselitz. -Gattin Ursula Windberger in Gelsdorf bei Mühlheim.
Trunksucht zu bekämpfen, sind Ihre Mittel stets von besser
Wirkung gewesen. Weiter durch Warrer G.

Ueber Mittel **Schwerhören, Ohrensauen:** „Seit ich schon nach 4 Tagen wieder
gegen mein gutes Gehör. Bismarck'scher
Stanz in „Aktion.“ Da ich die Spinnma hatte und durch Dr. Werner's Mittel mein Gehör wieder
erlangte, vielmals Dem. Fräulein B. viele Kräfte haben auf Wunsch zu Diensten. Man schreibt an
Dr. Werner in Endersbach (Württemberg) am Postamt. Preis jedes Mittels 2/2 S.—

**Die vortheilhaftesten
Singer-Nähmaschinen**
kauft man billigt beim
Mechaniker **Gustav Engel, Weiße Mauer 7.**

Ausverkauf in Kleiderstoffen.

Wegen Aufgabe dieses Artikels verlaufe mein ganzes
Lager in Kleiderstoffen zu und unter Einkaufspreis aus.

A. Günther, Markt 19.

Ed. Zentgraf-Heber,
Merseburg, Markt,

empfehle
Kleiderstoffe, Damen- und Kindermäntel, ein großer Posten um zu
räumen zu und unter Einkaufspreis. **Koffer ganz billig.**
Große Auswahl in **Lama, Galblama und Flanellen** in schönen neuen
Mustern.

**Tricotailen, Haus- und Wirtschaftshütchen, Unterröcke,
Sarkent-, Reform- und Vormahlenden,
Sarkent-Bettlüber und Schlafdecken,
Bedruckte Sarkente für Wogenröde, Blousen, Jacken in großer Auswahl.**

Maassbestellungen, vom einfachsten Morgenrock bis
elegantesten Gesellschaftskleid, Tailen, Röcken etc., liefere
nach wie vor ohne jede Anprobe unter Garantie für guten
Sitz in geschmackvoller Ausführung.

Uebernahme von **Braut- und Erstlingsaussteuern,**
complet gestickt, sowie jeder **Weissnäherei** in tadelloser
Arbeit.

**Formulare zu
Zoll-Inhaltsertklärungen,**
für Postsendungen nach dem Auslande, hält vor-
rätig die Buchdruckeri von
Th. Bössner, Delgrube Nr. 5

**Wer discret, prompt und billig
Interessen, alle Wirthschaft
(Servicetätigkeit), — Porto und
Nebenkosten — erprobare will, wende
sich an die älteste und leistung-
fähigste Annoncen-Expedition
**Haasenstein & Vogler, A.-G.,
Magdeburg.****

Göhltsch.

Montag den 15. und Montag den 16.
Novbr. label zur **Kirmess**
freundliche ein **Chr. Brenner.**

Rossen.

Zur Kirmess Sonntag den 15. und
Montag den 16. November label zur **Tanz-
musik** freundlich ein **Carl Wind.**

Zöschchen.

Sonntag d. 15. und Montag d. 16. Nov
Kirmess, **Was** nach freundlich
einladet **G. Gummich, Gohwirth.**

Atzendorf.

Zur Kirmess
Sonntag den 15. und Montag
den 16. d. M. label freundlich ein.
Reihe Laue von 3 Uhr ab Tanzmusik
für **H. Speisen** und **Getränke**
ist bestens besorgt.

Ed. Säröder, Gohwirth.

Collenbey.

Zur Kirmess,
Sonntag den 15. und Montag den 16. d. M.,
label freundlich ein
K. Müller, Gohwirth.

Gesang-Verein „Iris“

hält Sonntag den 15. November 1891, von
abends 7 1/2 Uhr an, in den Räumen der
Kaiser Wilhelm's-Balle keine
Abendunterhaltung mit Ländchen
ab. Freunde und Gönner des Vereins werden
hierzu eingeladen. **Der Vorstand.**

Augarten.

Sonntag den 15. November
große Kirmess.
Von Nachmittag 3 Uhr ab **Tanzmusik**,
wogu ganz ergebenst einladet

L. Gotthardt.
Sollte jemand von seinen Freunden und
Gönnern mit dem Circular übergangen sein,
so laße ich hiermit nochmals ergebenst ein.
D. O.

Auf ru!

zu Gaben für die Armenkliche.
Der Winter ist vor der Thür. Mit
ihm beginnt für den armen Theil un-
serer Bevölkerung die schwerste Jahres-
zeit. Wie im vergangenen Winter,
so beabsichtigt der Vorstand des vater-
ländischen Frauenvereins für die Winters-
monate eine

Armenkliche

einzurichten, in welcher würdig des
fundene arme Personen und Familien
täglich ein einfaches gutes warmes
Mittagessen unentgeltlich erhalten sollen.
Die Einrichtung hat sich im ver-
gangenen Winter sehr bewährt. 9
Wochen lang sind täglich ca. 60 Per-
sonen gespeist worden. Zahlreiche Wohl-
thäter haben durch ihre Gaben diesen
schönen Erfolg möglich gemacht.

Der Vorstand richtet daher auch dies
Jahr an Alle, welche ein Herz für diese
Sache haben, die dringende Bitte,
Gaben an die unterzeichnete Vor-
sitzende einzujenden.

Wir bitten die Herren **Gutsbe-
sitzer** in und um Merseburg um Er-
träge ihrer Gmte: **Kartoffeln, Bohl
u. dergl.**

Wir bitten die Herren **Kaufleute,
Schlächter u. s. w.** um Gaben an
**Reis, Sohlen, Graupen, Speck
u. s. w.**

Wir bitten um **Hohlen, Torf
und Brennholz.**

Endlich sind uns **haare Geld-
spenden** willkommen.

Die Einrichtung soll voraussichtlich
Anfang December in's Leben treten.

**Der Vorstand des
vaterländischen Frauenvereins.**

- S. M.:
- A. v. Dieß, Vorsitzende. B. Berger.
- M. Blande. U. v. Dagenhausen. C.
- Grüger. A. Gylau. A. Gubler. Ch.
- Grumbach. S. v. Haseler. Th. Hans-
- wald D. v. Kehler. A. Müller. A.
- Reinefarth. M. Sghere. A. Schraub.
- A. Werther. M. Gräfin Winkingerode.

Knapendorf.

Sonntag den 15. und Montag den 16
d. M. label zur **Kirmess**
freundliche ein **Fr. Fritzsche.**

Bündorf.

Zur Kirmess,
Sonntag den 15. und Montag den 16. d. M.,
label freundlich ein **Reinboth.**

Kötteschen.

Zur Kirmess, Sonntag den 15. und
Montag den 16. d. M. label freundlich ein
Um recht zahlreichen
Besuch bitten ersuchen
Wihelm Wolf.

Oberbeuna.

Sonntag den 14. und Montag den 16
November label zur **Kirmess**
freundlich ein **A. Thomann.**

Geusa.

Zur Kirmess Sonntag den 15. und
Montag den 16. d. M. label freundlich ein
Fr. Kropf, Gohwirth.

Milsau.

Zur Kirmess Sonntag und Montag der
15. und 16. November label ergebenst ein
Gohwirth Kaufmann.
Für H. Speisen und Getränke wird
besond'r giorgt.

Ein Lehrling kann
jetzt oder zu Oftern ange-
nommen werden.
Buchbinderei von
Otto Schultze & Sohn.
Dasselbst sind verschiedene
gelesene Romane
billig zu verkaufen.

Ein gewandtes zuverlässi-
ges Mädchen von außerhalb
f. Küche u. Haad wird gesucht
Weisse Mauer 9, 1 Tr.

Deutschland.

(Ein Nachtragset) für 1891/92 wird dem Reichstag noch zugehen. Derselbe besteht sich aus Erhöhung der Natural-Verpflegung, auf Beschaffung von Feldbahn-Material und im außerordentlichen Grade der Marineverwaltung auf die nachfolgend erwähnte Verfügung von Holzgeld, wofür noch in diesem Jahre eine erste Rente zu bewilligen bleibt. Es ist darauf Gewicht gelegt, daß die Insel Helgoland einer harten Sicherung zur Abwehr eines feindlichen Angriffes bedarf, welche nicht lediglich der Kriegesflotte zugunsten ist. Es müsse verhindert werden, daß Helgoland der feindlichen Flotte ein Stützpunkt für eine Landade bzw. Stützpunkt für Vorbereitungen zu größeren Unternehmungen gegen die deutsche Nordsee bleibe. Das besetzte Helgoland soll zudem einen besonders guten Beobachtungsposten abgeben und die Möglichkeit einer ununterbrochenen Uebermittlung der Wahrnehmungen auf See nach dem Festland hin geben. Der diesjähriger Bedarf wird sich auf etwa 1 400 000 Mk. belaufen.

(Die zweite sächsische Kammer) wählte am Donnerstag mit 52 von 78 Stimmen Herrn Adamann zum Präsidenten.

(Verklärung der Aushebung.) Eine gewisse Klasse von Militärschriftstellern drängt gegenwärtig fortgesetzt auf weitere Verklärungen der Aushebung, zugleich natürlich mit dem Hintergedanken der Bildung neuer Truppenbataillone. Inzwischen erfahren wir aus der dem Reichstag vorgelegten „Uebersicht der Ergebnisse des Herbergsanstellungsgeschäfts für das Jahr 1890“, daß in diesem Jahre die Aushebung in Deutschland verklärt worden ist, weit über die Absicht hinaus, welche bei der Erhöhung des Präsenzstandes in dem Militärgesetz von 1890 beabsichtigt wurde. Bekanntlich war in diesem Gesetzentwurf nur eine Erhöhung des Rekrutencontingents um 6000 Köpfe vorgesehen. Späterhin hat Herr von Caprelli erklärt, daß er unter gleichzeitiger Vermehrung der Dispositionsstärke nach zweijähriger Dienstzeit die Erhebungszug noch um weitere 6000 Köpfe erhöhen werde. Aus der jetzt mitgetheilten Uebersicht erhellen wir aber, daß im Herbst 1890 die Aushebung gegen das Vorjahr nicht um 12 000, sondern um mehr als 23 000 Mann verklärt worden ist. Es betrug nämlich die Zahl der Ausgehobenen 1889 159 270, 1890 dagegen 182 836. Ob diese starke Aushebung nur für die erste Durchführung der Herbergsanstellung von 18 000 Mann beabsichtigt ist, oder auch später fortgesetzt werden soll, ist nicht bekannt. In Folge der starken Aushebung hat sich die Zahl der überjährig gebliebenen, welche 1888 noch 27 458 betrug, auf 5916 im Jahre 1890 verringert. Neben den 182 836 Ausgehobenen des Jahres 1890 find 12 666 im militärisch-tauglichen Alter freiwillig eingetreten. Außerdem sind freiwillig eingetreten 12 645 vor Beginn des militärisch-tauglichen Alters. Im Ganzen also haben Heer und Marine im vorigen Jahr eine Ergänzung an neuen Mannschaften erhalten von 208 147 Mann. Auf die Marine entfallen hiervon nur ca. 4000 Mann.

(Militärische Streikaukhülfe.) Im Widerspruch mit früheren Behauptungen wird heute aus München berichtet, daß bayerische Kriegsminister habe die Abkommandierung von in Heere stehenden gelehrten Gegnern an die Druckereien, die für die Herstellung der Kontrabanden beschäftigt sind, genehmigt. Man kann diese Umstimmung der Militärbehörde in den Gegenseit nur bedauern, weil sie den Schein hervorruft, als nehme der Staat Partei für die Arbeitgeber gegen die Arbeiter. In Berlin haben die Druckereien, welche die Reichstagsberichte u. s. w. zu drucken haben, sich bekanntlich durch eine Verhandlung mit den Gehälfen gegen den Streik lösen gestillt.

(Der internationale Friedenscongress) wurde am Mittwoch in Rom auf dem Kapitol eröffnet; der Vertreter des Bürgermeisters begrüßte die jährlich erscheinenden Teilnehmer namens der Stadt. Der provisorische Präsident des Congresses Bonghi empfahl in seiner Eröffnungsrede die Erziehung eines Friedensschiedsgerichts und führte unter anderem aus: das Jahrhundert habe mit dem Ruf „Brüderlichkeit!“ begonnen, später sei der Ruf „Nationalität!“ erdort, der erste Ruf sei erdbebener als der zweite. Man müsse darnach trachten, beide zu versöhnen und dem christlichen vornehmlich auf der Einigkeit, Gleichheit und Brüderlichkeit der Nationen stehenden Bunde zum Triumph zu verhelfen. Darnach wurde durch Klammation zum Präsidenten gewählt und mit der Ergänzung des Präsidiums beschäftigt. Baronin Suttner betonte die tiefe Friedensliebe des österreichischen Volks und verlas Symphonieabrisse vieler deutscher Schriftsteller, darunter Handel, Bodenstedt, Spielhagen, Büchner,

Nordau-Fulda. Deutschland ist auf dem Congresse durch Frau Fischer-Lette (Berlin) und Dr. Richter (Pforzheim) vertreten. Am Donnerstag nahen der Congreß seinen Antrag auf Aufhebung der Festung der Heere an.

(Aus dem Sozialistenlager.) Die Spaltung innerhalb der sozialdemokratischen Partei trieb sich auch auf die sozialdemokratischen Gewerksvereine und Fachvereine zu übertragen. Die sozialdemokratische Parteileitung geht nämlich darauf aus, die Domänen der Opposition auch aus jenen Breiten auszuschließen. Sie befaßt damit auf das Dringlichste, daß alle jene Gewerkschaften nur Filialen der sozialdemokratischen Parteileitung sind. — Daß sozialdemokratische Aufhebung bei der jetzigen Buchdruckerbewegung im Spiel ist, verjagt der „Vorwärts“ zu leugnen. Die Sozialdemokratie hege überhaupt keine Arbeiterkategorien in einen Lohnkampf. — Allerdings formell und unter Namenunterwerfung hegt die Parteileitung als solche niemals in einen Lohnkampf; aber die weissen nachtheiligen Lohnkämpfe für die Arbeiter sind die Folge sozialdemokratischer Vergriffenverwirrungen. Auch sind die Personen, welche an der Spitze der Buchdruckergehilfen in dieser Lohnbewegung stehen, ausgeprobenne Sozialdemokraten. In sozialdemokratischen Annehmungen bewegen sich alle Antheil des Vereinsorgane der Streikenden. Bei dem Fest, welches den Gehilfenvertretern in Leipzig gegeben wurde, gehörte die sozialdemokratische Arbeitermarschälle zu den Gehärgängen.

Zur Lebensmitteltheuerung.

Die russischen Getreideausfuhrverbote werden nach dem „Berliner Tageblatt“ mit größter Eile aufgehoben. Der Willauer Schoner „Dapiter“, welcher in Riga mit Holzladung für England gefesselt liegt, kann nicht ausweichen, weil nicht gestattet ist, daß der notwendige Proviant an Kartoffeln und Brot an Bord gebracht werde. Ähnlich geht es auch anderen deutschen und baltischen Schiffen.

Das russische Weizenausfuhrverbot, so meldet man dem Wollischen Telegraphenbureau aus Königsberg, wird hier mit Bestimmtheit im Laufe des Monats erwartet; die Verzögerung der Veröffentlichung wird mit dem Interessen des russischen Finanzministers an dem Erfolg der neuen Anleihe in Verbindung gebracht.

Russischer Roggen, welcher Anfang August nach Kopenhagen verkauft worden war, ist auf einem Dampfer „Dons“ mit ca. 60 000 Pfund wieder in Petersburg angelangt, weil jetzt in Ruzsburg die Roggenpreise weit höher stehen, als in Dänemark.

Volkswirtschaftliches.

(Der Verband deutscher Berufsge-nossen-schaften) hatte in Anregung gebracht, daß die ärztliche Begutachtung von Unfalls-fällen nicht durch einzelne Aerzte, sondern durch Aerztekollegien erfolgen solle, und für diesen Vorschlag die Mitwirkung der Ärztekammer erbeten. Der Ausschuss der letzteren hat sich in einer Sitzung vom 27. October mit der Sache befaßt und sich für die Einrichtung von Aerztekollegien zu diesem Zwecke ausgesprochen.

(Von den königlichen Fabriken in Spandau) wird von dort berichtet, daß die Militärwerkstatt etwa 1000 Arbeiter, das Feuerwerk-laboratorium etwa 500 Arbeiter und die Geschütz-fabrik etwa 2—300 Arbeiter neu einstellen werden. In allen drei Anstalten soll mit Ueberstunden Tag und Nacht gearbeitet werden.

(Zur Speckinfuhr) macht der Regierungs-präsident in Düsseldorf bekannt, daß von den kürz-lich aus Amerika eingefuhrten Speckstücken ein größerer Procentsatz stark trichinös befunden worden ist. Die Polizeibehörden seien angewiesen, irgenhowe verdächtige Schweinefleischwaren nicht unterzucht in den Bezirke gelangen zu lassen, und jene oben erwähnten amerikanischen Specksendungen behufs sofortiger Unterzuchtung zu beschlagnahmen. Der Regierungspräsident warnt vor dem Genuß trichin-öser Waren. — Unseres Erachtens hätte der Re-gierungspräsident genau angeben müssen, was es mit diesem Besunde für eine Bewandnis hat, ob es sich um noch lebende Trichinen handelt und ob der Speck bei der Ausfuhr in Amerika einer Controle unterzogen worden ist. — Ein Professor der Hygiene an einer deutschen Universität schreibt der „Frankfurter Zeitung“ noch besonders, zur Ver-hütung einer falschen Beurtheilung, daß nach unseren sämtlichen bisherigen Erfahrungen die Trichinen des amerikanischen Schweinefleisches nicht in lebensfähigem Zustande nach Eu-

ropa kommen. Die durch das starke Räuchern oder Ein-salzen bewirkte Wasserentziehung tödtet die Trichere in verhältnismäßig kurzer Zeit ab, und so ist bisher noch kein einziger Fall von Trichinose durch den Ge-nuß beizugener Fleisch bekannt geworden, auch nicht in den Ländern, in welchen ein Einfuhrverbot nicht bestanden hat und seit langer Zeit große Mengen von amerikanischen Fleisch gebraucht werden, wie in England oder Holland. Die deutsche, nicht die amerikanische Trichine ist die gefährliche.

Provinz und Umgegend.

In Magdeburg brannte am Dienstag in der Eichorienfabrik der Firma Hauswirth in der Hälfte eines gefüllten Speichers sowie ein Brennhaus nieder. Der Schaden ist beträchtlich, doch erleidet der Fabrik-betrieb keine Unterbrechung.

Infolge des kleinen Wasserstandes der Elbe sind vor einigen Tagen zwei schwer beladene Fahrzeuge unterhalb des Herrensgründes bei Magdeburg auf Grund gerathen und haben das Fahr-wasser theilweise gesperrt. Die Hindernisse werden sofort beseitigt.

Wie aus sicherer Quelle verlautet, wird der Kaiser anlässlich der 150jährigen Jubelfeier des in Torgau garnisonirenden Pionier-Bataillons v. Rauch (Brandenb. Nr. 3) am 25. d. nachmittags 2 Uhr dort eintreffen.

Aus Raumburg wird berichtet: Nachdem die Weinlese in unseren Gauen beendet ist, hat sich herausgestellt, daß die Qualität der Frucht sich im allgemeinen günstiger gestaltet hat, als bisher von der Lesse erwartet wurde. Dagegen, wie schon früher bemerkt, die Qualität der Trauben, je nach der Lage, sehr verschieden ist, sind sie doch sämmtlich gleichmäßig gereift und es wiegt der Procent von 65 bis zu 82 Grad. Man blickt deshalb jetzt, je nach Qualität, für den Centner rotze Trauben 15—18 Mk. und für weiße 7—12 Mk. und bebauert nur die geringe Quantität des Heurigen. Vor der Lesse wurden für den Centner weiße Trauben 5 Mk. geboten, sie wurden aber für diesen Preis nicht abgegeben. Nach der Ansicht Sachverständiger wird voraussichtlich das hurrige Gemächs besserer Qualität einen brauchbaren Saft enthalten und einen guten, leichten Tischwein liefern.

Nach einer aus Buenos Ayres in Berlin eingegangenen Meldung ist die vom argentinischen Gericht zuerst abgelehnt, durch die deutsche Gesandtschaft aber wiederholte beantragte Auslieferung des ehemaligen Bankdirectors Adolf Winkelmann an die Leipzig nunmehr bewilligt worden. Die Einschiffung Winkelmann's in Buenos Ayres sollte dieser Tage erfolgen.

Unter der Ueberschrift „Krebschaden der Schule“ bringt die Neue Päd. Ztg. einen Nachweis über Schulverhältnisse des Preises Lieben-bergs nach Seiten der Gehälter der Lehrer und der Ueberfüllung der Schulklassen. Die Tabelle der Stellen-einkommen läßt ersehen, daß 52 1/2 Proz. aller Stellen ein Einkommen von nur 1000 Mark oder darunter gewähren. So sind vorhanden: 2 Stellen von 750—800 Mk., 7 Stellen von 801—850 Mk., 31 Stellen von 851—900 Mk., 9 Stellen von 901 bis 950 Mk., 10 Stellen von 951—1000 Mk. Nur drei Stellen sind mit 1800—2000 Mk. ausgestattet. — Die Ueberfüllung der Unterrichtsklassen und der Lehrer mit Schülern lassen Angaben wie die folgen-den erkennen: Es kommen auf einen Lehrer in 14 Fällen je 127, 142, 197, 137, 96, 97, 105, 120, 112, 102, 91, 111, 93, 118 Schüler; auf 2 Lehrer in 8 Fällen je: 202, 228, 235, 203, 180, 207, 218, 192 Schüler; auf 3 Lehrer in 3 Fällen je: 414, 311, 269 Schüler; auf 4 Lehrer an 2 Stellen (Hohenleipisch und Eichl. Liebigau): 388 und 322 Schüler.

Das Dresdener Landgericht hatte dieser Tage über einen eigenartigen Raubmordversuch zu urtheilen. Der Verdächtige, ein erst 16jähriger Bursche, wollte seiner Schwester ein Hochzeitsgeschenk darbringen. Zu diesem Zwecke suchte er in den Besitz von zwei Mark zu gelangen. Er stiege zwei Messer zu sich und brach in das Schlafgemach einer Nachbarin ein, die er tödten wollte, wenn sie ihn überzeigte. Das letztere geschah, aber die Nachbarin war kräftiger als der Verbrecher. Dieser verfuhr verzweifelt, ihr den Hals abzuschneiden, und schloste schließlich, als ihm sein Opfer, das beim Ringen mehrere Wunden erlitten, beide Messer abgerungen hatte. Der Bursche hat es seiner Jugend zu verdanken, daß er nur mit sechs Jahren Gefängnis bestraft wurde.

Localnachrichten.

Merseburg, den 14. November 1891.

** Die Abonnementsconcerte im Schloßgarten-salon nehmen auch in dieser Saison das

Correspondent.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Verkaufsstelle:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.
Expeditoren: Delgadoe Nr. 5.

Abonnementpreis:
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
20 Pfg. durch den Fernträger. — 1 Mark
25 Pfg. durch die Post.

No. 225.

Sonnabend den 14. November.

1891.

** Die Gehaltsregulierung an den höheren Lehranstalten.

In der Schlussfassung der vorjährigen Schulconferenz wurde nach der Ansprache, in welcher der Kaiser die Arbeiten der Konferenz und die Ziele der Reform erörterte, von dem Geh. Cabinetsrath Dr. v. Lucanus die Allerhöchste Cabinetsordre vom 17. December 1890 an den Cultusminister betreffend die Einschätzung des Seldenen-Abschlusses zur Verleugung gebracht, deren Schlusspostus also lautet: „Ich verlange nicht, daß bei Durchführung der neuen Reformpläne erhebliche Mehrforderungen an die Leistungen der gesammten Lehrerschaft gestellt werden müssen. Ich vertraue aber ebenso ihrem Wohlwollen wie ihrem Patriotismus, daß sie sich den neuen Aufgaben mit Treue und Hingebung widmen werden. Demgegenüber erachte ich es aber auch für unerlässlich, daß die äußeren Verhältnisse der Lehrerschaft, wie dessen Rang- und Gehaltsverhältnisse eine entsprechende Regelung erfahren, und ich wünsche, daß Sie diesen Punkt besonders im Auge behalten und darüber an Mich berichten.“ Der Einbruch, den diese Worte in den Kreisen der Lehrer an den höheren Unterrichtsanstalten hervorbrachten, war ein um so tiefgehender, als die Lehrerschaft nach so vielen Enttäuschungen der Ueberzeugung sich glaubte hingeben zu dürfen, daß die in Aussicht gestellte Regelung ihrer Rang- und Gehaltsverhältnisse in der Richtung der Ausgleichung mit den Richtern erster Instanz zum endlich zur Durchführung gelangen werde. Nächstekommender tauchten unlängst wieder Gerüchte auf, nach denen der in Rede stehende Vorschlag auf den Widerspruch des Finanzministers gestoßen sein sollte. Leider scheinen sich diese Gerüchte zu bestätigen. Wie der „Danz. Ztg.“ von brachtendwärtiger Seite geschrieben wird, ist den betreffenden Lehrkreisen — von nicht amtlicher Seite — mitgeteilt worden, daß die Lehrer der höheren Lehranstalten den Richtern erster Instanz nicht gleichgestellt werden sollen. Und zwar sollen dabei weniger sachliche Gründe den Ausschlag gegeben haben, als „Gründe persönlicher Aversion gegen diesen Stand, dem sie (die Richter?) als inferior betrachten, den sie sich nicht gleichgestellt wissen wollen, nicht einmal überlich, materiell!“ Das Weiteren ist, nach derselben Quelle, den Lehrern mitgeteilt worden, daß für die königlichen Anstalten in den Etat für 1892/93 bestimmt eine Summe eingestellt werden solle, wodurch die einzelnen Stellen gehaltlich eine Erhöhung erfahren, die Oberlehrerstellen aber noch eine besondere Zulage erhalten würden. Wie hoch diese Gehaltserhöhung bei einzelnen Stellen ist, wird nicht gesagt, jedenfalls aber wird sie weit hinter den Erwartungen zurückbleiben. Und was die besondere Zulage für die Oberlehrerstellen bedeuten soll, ist vollends unersichtlich. Schließlich ist den Lehrern mitgeteilt worden, daß auch auf eine entsprechende Gehaltserhöhung für die städtischen Lehrer hingewirkt werden soll, ob schon im nächsten Etatsjahr oder wann eigentlich, wird nicht gesagt. — Der Abstand zwischen diesen Verbesserungen und der bestimmten Zulage in der Cabinetsordre vom 17. Dec. 1890 ist so groß, daß wir den vorstehenden Angaben vorläufig noch mit einigem Misstrauen gegenübersehen. Die Seldenen-Commission wird, wie bekannt, erst im Januar n. J. zu einer abschließenden Beschlußfassung über die Gehaltsfrage gelangen. Solange diese nicht erfolgt ist, wird man von wirklichen Absichten der Regierung nicht wohl reden können.

Politische Ueberblick.

Die Friedensunterhandlungen in den Neben des italienischen Ministerpräsidenten und des englischen Premier sind in Oesterreich einen starken Widerhall. Das offiziöse Wiener „Freundenblatt“ betont in einer Besprechung der Rede Rudini's besonders das Bestreben der Dreibundmächte, auch

mit den anderen Mächten ein gutes Einvernehmen zu pflegen. In dieser Beziehung führt es aus, daß es eine starke Bekräftigung der Ziele des Dreibundes wäre, wenn man das feste Zusammenhalten der drei Mächte notwendig begleitet ansehe von der Erfüllung der Beziehungen zu den übrigen Mächten. Vielmehr liege es gerade im Wesen des Friedensbundes, daß er ein allseitiges freundliches Verhältnis pflege und dadurch die Grundlagen der Friedenssicherheit befestige. Dementsprechend sei die Zusammenkunft des russischen Ministers von Giers mit Rudini und der Besuch des Grafen in Italien, Oesterreich und Deutschland mit Befriedigung angesehen worden. Die persönliche Beürkundung des italienischen Ministers mit dem russischen Staatsmann habe sicherlich Gelegenheit geboten, etwaige irrthümliche Anschauungen maßgebender Kreise Russlands zu berichtigen und die Grundsätze der Friedenssicherheit darzulegen. Dieser Friedensstimmung und Friedenserwartung hat auch Kaiser Franz Joseph von Oesterreich jetzt bei dem Empfang der ungarischen Delegation in warmen Worten Ausdruck gegeben, indem er in seiner Ansprache an die Delegation ausführte: „Mit Befriedigung kann ich es aussprechen, daß wir mit allen Mächten in durchaus freundlichen Beziehungen stehen. In vollem Einklange mit unseren Verbündeten erblicke ich in der Erhaltung des europäischen Friedens die sicherste Gewähr für das Glück und das Wohlbefinden der Völker. Meine Regierung verliert dieses Ziel nicht aus den Augen, und es kommen und auch von allen Kabinetten Versicherungen gleich friedlicher Bekräftigungen zu. Zwar hat dies bisher noch nicht dazu geführt, die Gefahren der politischen Lage Europas zu beseitigen oder die allgemeinen militärischen Rüstungen zum Stillstand zu bringen, doch aber das Friedensbedürfnis sich so allseitig und

schafters Herrn v. Mohrenheim. Die Rückreise des Herrn v. Giers nach Petersburg erfolgt über Berlin, wo er 1 bis 2 Tage Aufenthalt nehmen wird. — Der russische Finanzminister Wjshnegradsky ist durch den Willensfol der letzten russischen Anleihe in seiner Stellung ernstlich erschüttert worden. Wie es heißt, beschäftigt man, ihn durch Willibron, den Chef eines Departements der Staatscontrole, zu ersetzen.

Eine Novelle zum französischen Spionengesetz hat der Kriegsminister Freycinet in Gemeinschaft mit dem Justizminister in der Kammer eingebracht. Der neue Entwurf setzt auf das Vergehen der Spionage als niedrigste Strafe Gefängnis von einem Jahre, als höchste die Todesstrafe, ferner Geldstrafen von 1000 bis zu 10 000 Franken. Mit dem Tode sollen Militärpersonen oder Beamte bestraft werden, die verrätherische Beziehungen zu auswärtigen Mächten unterhalten haben. Die Commission beauftragte den Deputirten Dreyfus mit der Prüfung der neuen Vorlage, welche von dem durch die Commission ausgearbeiteten Entwurf in einzelnen Punkten abweicht.

Aus Italien werden größere Ruhestörungen im Drie Altare bei Savona gemeldet, die anlässlich des Martinifestes festgefunden haben. Bei den Ruhestörungen, über die noch Details fehlen, wurde ein Corporal der Gendarmen getödtet, ein Gendarm, sowie mehrere Bürger wurden verwundet. Die serbische Cabinetkrise wird anscheinend mit dem Wiedereintritt des Finanzministers Butsch endigen. Ministerpräsident Putisch hat Butsch erucht, das Finanzministerium wieder zu übernehmen. Butsch stellte sachliche und persönliche Bedingungen, welche weitere Cabinetveränderungen zu Folge haben müßten. Offenbar macht Butsch seinen Eintritt davon abhängig, daß ihm in der Ordnung der serbischen Finanzen freie Hand gelassen wird.

Das dänische Folkething hat dem Königlich mitgetheilten Antrag Larfen, den Justizminister zu ernennen, eine Vorlage über die Gerichtsreform wieder einzubringen, mit 60 gegen 30 Stimmen (Partei Majorität) angenommen.

In Yenen gewinnen nach neueren türkisch-offiziellen Meldungen, die freilich mit Vorsicht auszunehmen sind, die türkischen Truppen immer mehr die Oberhand über die Insurgenten. Dieselben haben sich mehrerer von den Insurgenten besetzter Orte bemächtigt und die Aufständischen in regellose Fucht geschlagen. Ebenso wurden die an den eigentlichen Heerd des Aufstandes angrenzenden Districte besetzt. Es wurde eine Amnestie proclamirt. Die vor den Aufständischen geflohenen Bewohner begannen zurückzukehren.

Betreffs der Fischerei im Behringsee macht der General-Staatsanwalt der Verein. Staaten Miller bekannt, daß die freireichigen Punkte einem Schiedsgerichte unterbreitet werden würden, und daß England und die Vereinigten Staaten sich über die Bedingungen dieses Schiedsgerichts geeinigt hätten.

Die Aufstandsbewegung in Brasilien gegen die Dictatur des Präsidenten Fonseca greift schnell weiter um sich. Dem Beispiel von Rio Grande folgend, hat sich die Provinz Orlao Para ebenfalls für unabhängig erklärt. Es verläut, Bahia werde dem Beispiele folgen. Nach Rio Grande do Sul ist ein Kriegsschiff beordert. — Authentische Nachrichten aus Brasilien zu erhalten, ist fast unmöglich, da die Dipschenzensur strenger wie je gehandhabt wird, und daher die Telegramme fast durchweg im Sinne der Regierung abgefaßt sind. Der „Times“ zufolge hat Fonseca ein Decret veröffentlicht, das alle Personen, welche es versuchen sollten, die Dictatur zu beseitigen, aus Brasilien verweisen werden. Nur ein Theil der Marine soll sich dem Präsidenten anschließen haben, und Admiral Melho, ein guter Republikaner, soll gegen irgend einen Wechsel in der Regierungsform protestirt haben.

Vereinbarungen Russlands mit Frankreich gekaufte. Dem gegenüber erfährt der „Reben. Cour.“ die Reise nach Paris habe keinerlei politischen Zweck der Minister wolle nur die Familie seines Sohnes besuchen und hauptsächlich dessen 10jährige Tochter nach langen Jahren einmal wieder sehen. Die Reise erfolgte auf eigene Initiative des Herrn v. Giers und nicht auf Veranlassung des russischen Bot-

